

Chancengleichheit auf dem Bildungsmarkt?

Von Vincent Schiewe

In einer aktuellen Forsa Umfrage über die Einstellungen und Erwartungen an das deutsche Bildungswesen stellt sich heraus, dass 34 Prozent der Deutschen ihr Kind auf eine freie Schule schicken würden. Ein respektables Ergebnis und eine Steigerung von 4 Prozent im Vergleich zum Jahr 2009. Freie Schulträger bekommen immer mehr Zuspruch aus der Bevölkerung und sind in der Gesellschaft längst etabliert. Deutlich macht die Umfrage auch, dass 65 Prozent der Befragten angeben, dass auf einer freien Schule stärker auf die Unterstützung der Kinder geachtet und auf eine individuelle Förderung eingegangen wird. In diesem Zuge wünschen sich 71 Prozent der Deutschen mehr Wettbewerb im Bildungswesen und eine Chancengleichheit für alle pädagogischen Bildungsansätze.

Die Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg sehen sich hier bestärkt in ihrem Streben nach mehr Pluralität auf dem Bildungssektor. Im Unterschied zu allen freien Schulträgern haben nur die Waldorfschulen in Baden-Württemberg einen eigenen, staatlich anerkannten Lehrplan. Grundsätzlich gesehen muss allen Eltern in einem fairen



Bildungsmarkt die Chance gegeben werden, ihr Recht auf freie Schulwahl zu gebrauchen, um so das für ihr Kind richtige pädagogische Konzept auszuwählen. Aber gibt es auf dem Bildungsmarkt Chancengleichheit? Wird die Pluralität der Bildungskonzepte ausreichend gefördert?

Wettbewerb bedeutet, dass auf einem Markt gleiche Startchancen gegeben sein müssen und sich das bessere Konzept durchsetzt. De Facto hat auf dem Bildungssektor der Staat das Monopol – freie Bildung erscheint viel mehr als Exklusion. Derzeit liegt die staatliche Förderung bezogen auf das Jahr 2009 von freien Schulträgern in Baden-Württemberg je nach Schulart zwischen 67 und 76 Prozent. Die fehlenden 35 Prozent muss der Schulträger über die Erhebung von Schulgeld ausgleichen. Von der neuen grün-roten Landesregierung wurde im Wahlkampf stets eine Anhebung der Zuschüsse eines freien Schülers auf 80 Prozent der Kosten eines staatlichen Schülers versprochen. Das benötigte Fördervolumen läge bei rund 50 Mio. Euro zusätzlich, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Noch vor kurzer Zeit wurde eine stufenweise Anhebung in Aussicht gestellt mit einem ersten Schritt im Umfang von 30 Mio. Euro. Aktuell ist im Haushaltsbegleitgesetz des Landes die Rede von einer Erhöhung um 7,5 Mio. Euro. Für die Freien Waldorfschulen ist das „ein Tropfen auf dem heißen Stein“, so Dr. Joachim Schwarte, Elternvertreter im Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien

Waldorfschulen in Baden-Württemberg. „Wenn man zudem bedenkt, dass durch die Umstellung von G9 auf G8 die 13. Klasse auch an den Gymnasien der freien Träger wegfällt, spart sich das Land allein dadurch Kosten von rund 18 Mio. Euro.

Auf der einen Seite wünscht sich ein Großteil der Bevölkerung einen offeneren, freieren Bildungsmarkt. Eltern wünschen sich immer die richtige Bildung für ihr Kind – dafür braucht es Wahlmöglichkeiten. Auf der anderen Seite wird von der Landesregierung massiv gegen diesen Volkswillen gearbeitet, denn Chancengleichheit auf dem Bildungsmarkt heißt auch, dass es keine Wettbewerbsverzerrung geben darf. In einem gerechten Markt muss es für die freien Schulen die gleichen Personal- und Sachkostenzuschüsse geben. Im Ringen um die raren Lehrkräfte wird die Ungleichheit deutlich, da den freien Schulträgern durch zu geringe Zuschüsse die Chance genommen wird, ihre Angestellten wie der Staat nach Tarif zu bezahlen. Ordnungspolitisch gesehen ein nicht haltbarer Zustand.

Trotz wesentlich schlechterer Bedingungen für die freien Schulen bekommen diese seit Jahren trotz der allgemein sinkenden Schülerzahlen stetig mehr Zuwachs und sind beliebter als je zuvor. Die Freien Waldorfschulen fordern nicht zu Unrecht ein Umdenken in der bildungspolitischen Landschaft im Sinne des Wunsches der Bevölkerung, den Wettbewerb um das beste pädagogische Konzept zum Wohle der Kinder gerechter zu gestalten.